

Armutszahlen seit 1985 verdoppelt

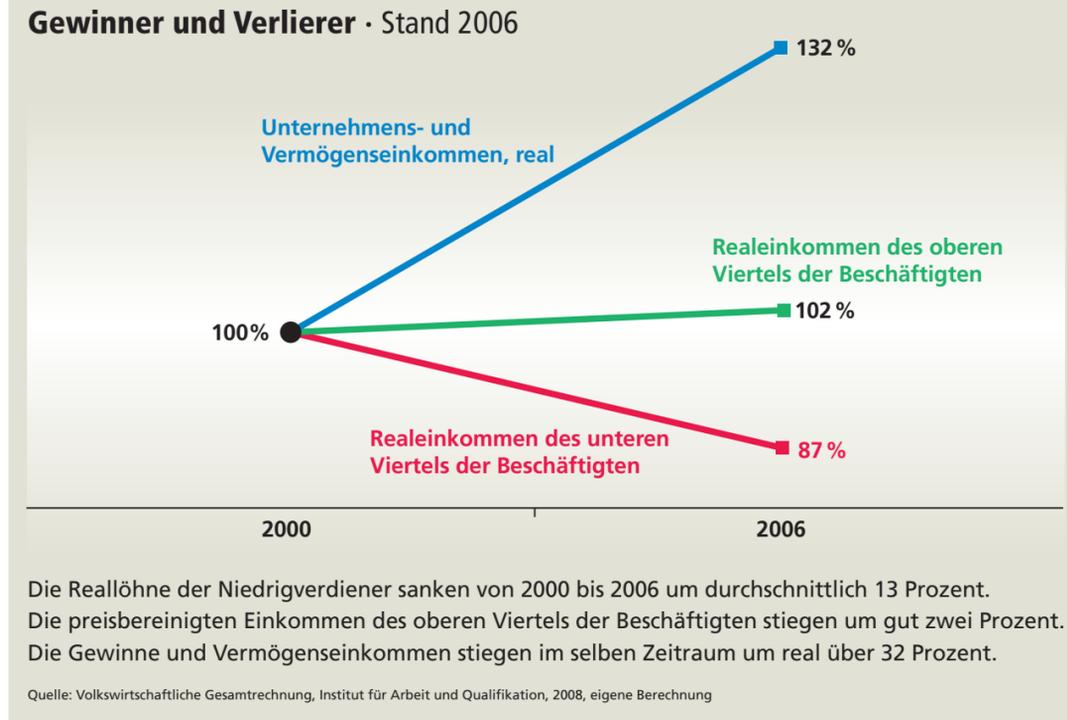
Deutschland mit neuem Rekord: Armut und Einkommensungleichheit steigen rasant an

VON ULRIKE HERRMANN

Deutschland weist einen neuen Negativrekord auf: In keinem anderen Industriestaat steigen Armut und Einkommensungleichheit so rasant an. Allerdings handelt es sich bei diesen neuesten OECD-Zahlen um einen relativen Wert. Absolut gesehen sind in Ländern wie Mexiko oder der Türkei noch immer sehr viel mehr Menschen arm als in Deutschland. Doch an der Bundesrepublik frappt, mit welcher Geschwindigkeit die Armut zunimmt. In nur zwanzig Jahren, von 1985 bis 2005, hat sie sich knapp verdoppelt.

So weit, so bedrückend. Doch jetzt wird es kompliziert. Es ist nämlich außerordentlich umstritten, wie viele Menschen in Deutschland genau zu den Armen zählen. Die Schwierigkeiten beginnen damit, dass die Armutsstatistiken immer erst mit jahrelanger Verspätung zur Verfügung stehen.

Für das Jahr 2005 verkündete die Bundesregierung in ihrem neuesten Armuts- und Reichtumsbericht, dass die Armutsquote damals bei 13 Prozent lag. Diese Zahl sorgte bei Experten für Verwunderung, denn in früheren Berichten hatte die Regierung angegeben, dass die Armutsquote im Jahr 2003 bereits 13,5 Prozent betrug. Die Armut sollte zwischen 2003 und 2005 also um 0,5 Prozentpunkte gesunken sein,



Die Reallöhne der Niedrigverdiener sanken von 2000 bis 2006 um durchschnittlich 13 Prozent. Die preisbereinigten Einkommen des oberen Viertels der Beschäftigten stiegen um gut zwei Prozent. Die Gewinne und Vermögenseinkommen stiegen im selben Zeitraum um real über 32 Prozent.

obwohl zeitgleich die Arbeitslosigkeit stark stieg?

Die Erklärung: Die Bundesregierung hat ihren Armutsbericht geschönt, um ungehindert behaupten zu können, dass „der Sozialstaat wirkt“. Missliebige Zahlen wurden einfach in den Anhang verbannt und ansonsten ein völlig neuer Datensatz verwendet (siehe Kasten zur Methodik). Andere empirische Studien kom-

men jedenfalls zu weit drastischeren Erkenntnissen als die Bundesregierung. So hat das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) ermittelt, dass 2005 bereits 18 Prozent der Bevölkerung zu den Armen zu zählen. Besonders betroffen waren Arbeitslose, Alleinerziehende, Geringqualifizierte und Migranten.

Seit neuestem gibt es vom SOEP auch Zahlen für das Jahr 2006, die

damit erstmals auch die Effekte des Aufschwungs berücksichtigen. Nicht überraschend: Durch den Boom ist die Armutsquote von 18 auf 16,5 Prozent gesunken. Das ist jedoch noch kein Grund für Optimismus. Armut geht immer zurück, wenn die Wirtschaft wächst. Aussagekräftig werden die Statistiken erst, wenn zwei Aufschwungszyklen miteinander verglichen werden. Dann aber fällt die Bilanz der rot-grünen

Regierungszeit und ihrer Agenda 2010 verheerend aus. Denn absolut gesehen gab es 2006 noch immer 14 Millionen Arme – und damit 4 Millionen mehr als im Jahr 2000.

Nicht alle Armen leben vom Arbeitslosengeld II: In diesem September erhielten knapp 4,9 Millionen erwerbsfähige Hilfsbedürftige Hartz IV. Hinzu kamen fast 1,9 Millionen Kinder unter 15 Jahren. Doch tatsächlich dürften noch weit mehr Menschen einen Anspruch auf staatliche Hilfe haben. So hat eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung aus dem Jahr 2006 ergeben, dass damals etwa 1,9 Millionen Geringverdiener ihren Anspruch auf aufstockende Leistungen nicht wahrnahmen – und mit ihnen etwa eine Million Kinder. Rund drei Millionen Menschen lebten also in verdeckter Armut, ohne in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit aufzutreten.

Was auch gern vergessen wird: Armut ist ein relativer Begriff, der vom mittleren Einkommen der Bevölkerung abhängt. Und dieses Durchschnittseinkommen ist von 2000 bis 2006 geradezu dramatisch gesunken – um real 6 Prozent, wie beim SOEP nachzulesen ist. Gleichzeitig aber ist die Wirtschaft gewachsen. Davon haben allein die Kapitaleigner profitiert, die ihre Gewinne drastisch steigern konnten.

Ulrike Herrmann leitet das Meinungssortiment der Tageszeitung taz.

Existenzgrenzen in einem reichen Land

Das **Arbeitslosengeld II** für erwerbsfähige Hilfsbedürftige beträgt momentan 351 Euro im Monat. Hinzu kommen die Kosten für die Unterkunft, so dass ein Single je nach Wohnlage etwa 650 bis 750 Euro netto erhalten dürfte. Für Jugendliche ab 14 Jahren gilt ein Satz von 281 Euro monatlich, Kinder unter 14 Jahren erhalten 211 Euro. 2009 soll der Hartz-IV-Satz für Singles auf 356 Euro, 2010 auf 364 Euro steigen.

Die Gewerkschaften fordern momentan einen **gesetzlichen Mindestlohn** von 7,50 Euro pro Stunde. Dies würde bei einer 40-Stunden-Woche einen Bruttolohn von 1.300 Euro bedeuten. Nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben blieben einem Single etwa

950 Euro netto. Dies entspricht in etwa der **Pfändungsfreigrenze**, die für einen Single bei 989,99 Euro im Monat liegt.

Das **steuerliche Existenzminimum** beträgt für Erwachsene 7.664 Euro im Jahr, also rund 639 Euro monatlich. Dieser Betrag muss nicht versteuert werden. Für Kinder soll ab 2009 ein Freibetrag von 3.864 Euro gelten, hinzu kommt ein Freibetrag von 2.160 Euro für den Betreuungs- und Erziehungsbedarf. Anders als ALG II handelt es sich bei den Freibeträgen nicht um einen Nettobetrag, da meist noch Sozialabgaben zu leisten sind.

Ulrike Herrmann

Mehr Beschäftigung – mehr prekäre Jobs

Veränderung der Erwerbstätigenzahlen von 2003 bis 2008



Immer mehr Menschen können von ihrer Arbeit nicht mehr leben. Immer mehr haben unsichere Zukunftsperspektiven. Fast eine Million Vollzeitjobs sind seit der Verkündung der Agenda 2010 vernichtet worden!

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, eigene Berechnungen und Schätzungen

Verschiedene Datensätze: Rechenvarianten der Armut

Jede Armutsstatistik rechnet mit dem sogenannten „**Nettoäquivalenzeinkommen**“, das den einzelnen Haushaltsgliedern verschiedene Bedarfsgewichte zuteilt. Die Gewichte betragen **1 für den Haushaltsvorstand, 0,5 für jede weitere Person im Alter von mindestens 14 Jahren und 0,3 für jedes Kind unter 14 Jahren**.

Mit diesen Bedarfsgewichten soll der Einspareffekt größerer Haushalte gegenüber Singles berücksichtigt werden – und auch eingerechnet werden, dass Kinder weniger Kosten verursachen als Erwachsene.

In der OECD gilt als arm, wer über weniger als 50 Prozent des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens verfügt. In der EU und auch im Armutsbericht der Bundesregierung liegt die Armutsschwelle bei 60 Prozent des Medians, was die Zahl der Armen im Vergleich zur OECD-Statistik automatisch steigen lässt.

Bleibt als Problem: Wie wird das Einkommen der Haushalte nun konkret erhoben, von dem dann der Median gebildet wird? Inzwischen existieren diverse Datensätze, die zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Der jüngste Armuts- und Reichtumsbericht basiert auf der EU-SILC;

das ist eine neue amtliche Statistik, die 2004 erstmals erhoben wurde und EU-weite Vergleiche erlauben soll.

Allerdings regte sich sofort heftige Kritik: So monierte der grüne Armutsxperte Wolfgang Strengmann-Kuhn, dass diese neue EU-Statistik auf einer nicht-repräsentativen Datengrundlage basiere. Es handele sich um eine rein schriftliche Befragung ohne Interviewpartner. Dadurch würden Ausländer, Geringqualifizierte und Familien mit kleinen Kindern nur unzureichend erfasst. So sei es etwa sehr auffällig, dass laut EU-SILC Paare ohne Kinder eine höhere Armuts-

quote hätten als Paare mit Kindern – was allen anderen Statistiken widerspricht.

Für Deutschland ist daher das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) aussagekräftiger, das vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erhoben wird. Das SOEP läuft bereits seit 1984 und ist eine jährliche repräsentative Wiederholungsbefragung von 12.000 Haushalten.

Darüber hinaus gibt es noch die Einkommens- und Vermögensstichprobe (EVS) des statistischen Bundesamts. Sie wird allerdings nur alle fünf Jahre erhoben. Die Daten für 2008 werden gerade erst ermit-

telt und nicht vor 2010 zur Verfügung stehen.

Unterschiedliche Datensätze führen zu unterschiedlichen Grenzsätzen, ab wann ein deutscher Bürger als arm gilt. Im zweiten Armutsbericht der Bundesregierung betrug die Armutsschwelle noch 938 Euro für einen Single. Im neuesten Armutsbericht ist diese Grenze plötzlich auf 781 Euro gesunken. Das SOEP wiederum geht von einer Armutsschwelle von 891 Euro aus.

www.sozialpolitik-aktuell.de/berichte_einkommen.shtml

Ulrike Herrmann